



## Rechnen in der Krise

Von Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker | 02.04.2020 (editiert am 03.04.2020)

Soll man ehrlich sein oder lieber die Menschen nicht verunsichern? Berlin scheint entschlossen, den zweiten Weg zu gehen. Das kann allerdings schnell zum Bumerang werden. Auf Dauer lässt sich die Tiefe der ökonomischen Krise nicht verheimlichen.

Es scheint, als habe sich in Berlin die Überzeugung durchgesetzt, es sei das Beste, die ökonomischen Folgen des Corona-Schocks herunterzuspielen, um den Druck der Öffentlichkeit, namentlich den aus Wirtschaftskreisen, zu verringern, die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie zu beenden. Der Bundeswirtschaftsminister hält ["einen Überbietungswettbewerb mit schlechten Prognosen nicht für sinnvoll"](#).

Doch zwischen einem Wettbewerb in Horrormeldungen und sachlicher Information gibt es einen himmelweiten Unterschied. Wenn umgekehrt das andere Extrem zur Schwarzmalerei, nämlich regierungsamtliche Schönfärberei um sich greifen sollte, ist weder in der konkreten Krisenbewältigung etwas gewonnen, weil unzureichendes Handeln wertvolle Zeit kostet, noch wird das Vertrauen der Bevölkerung in das Krisenmanagement der politisch Verantwortlichen gestärkt. Denn irgendwann werden die Ausmaße der ökonomischen Krise für jedermann sichtbar und spürbar, egal welche Zahlen vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden und von der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg geliefert und wie sie in Berlin kommentiert werden.

Die neuesten Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA) zur Kurzarbeit ([Stand 31.3.2020](#)) zeigen bereits jetzt an, welche Welle auf uns zukommt. Die Antragsflut ist mit 470 000 Betrieben für März

enorm. Wohlgermerkt, das ist die Anzahl der Antragsteller, nicht die Zahl der Beschäftigten, für die Kurzarbeitergeld beantragt wird; letztere liegt um ein Vielfaches darüber, weil in einer Krise pro Betrieb ja in der Regel weit mehr als ein Arbeitnehmer in Kurzarbeit geschickt wird. Von diesen Anträgen sind bislang rund 12 Prozent geprüft worden (55 000; im Februar waren es laut [Presseinfo Nr. 19 der BA](#) rund 1900 geprüfte Anträge). Allein aus diesem Bruchteil ergibt sich eine Zahl von Personen, für die Kurzarbeit angezeigt wird, von über einer Million (im Februar waren es 42 000). Diese Zahl aus der amtlichen Statistik wird allerdings in der besagten Presseinfo Nr. 19 nicht genannt und – folglich? – auch in unseren führenden Medien nicht erwähnt.

Doch das ist noch nicht die ganze Geschichte. Normalerweise rechnet die BA die tatsächlich erwartete Zahl an Personen in Kurzarbeit für den aktuellen Monat, für den ihr die Kurzarbeitsanzeigen der Betriebe vorliegen, hoch, um der Politik diese wichtige Information zur Wirtschaftslage möglichst früh zur Verfügung zu stellen. In Konjunkturkrisen liegen nämlich die Zahlen der zunächst angemeldeten Kurzarbeit regelmäßig unter denen der realisierten, u.a. weil die Bundesagentur zur Prüfung der gestellten Anträge bei großem Ansturm mehr Zeit braucht, in die Statistik "Personen in Anzeige" aber nur solche aus geprüften Anträgen eingehen. Die Hochrechnung für den geschätzten Monat wird dann in den folgenden Monaten immer genauer, nämlich in dem Maße, wie die Anträge bearbeitet und das Kurzarbeitergeld ausgezahlt wird. Nach fünf Monaten ist dieser Prozess abgeschlossen und sind die Zahlen dann endgültig.

Die BA hat für Februar und März aber *keine* Hochrechnung mehr vorgelegt. Sie schreibt dazu in der Datei der entsprechenden Statistik ("Realisierte Kurzarbeit (hochgerechnet) (Monatszahlen), Nürnberg, April 2020"):

"Aufgrund der Entwicklungen im März 2020 infolge der Corona-Krise und der Maßnahmen zum erleichterten Zugang zum Kurzarbeitergeld lassen sich keine verlässlichen Schätzwerte für die erwartete Kurzarbeit aus den statistisch verfügbaren Informationen ermitteln. Die Berichterstattung für die Schätzwerte zur erwarteten Kurzarbeit wird daher ausgesetzt."

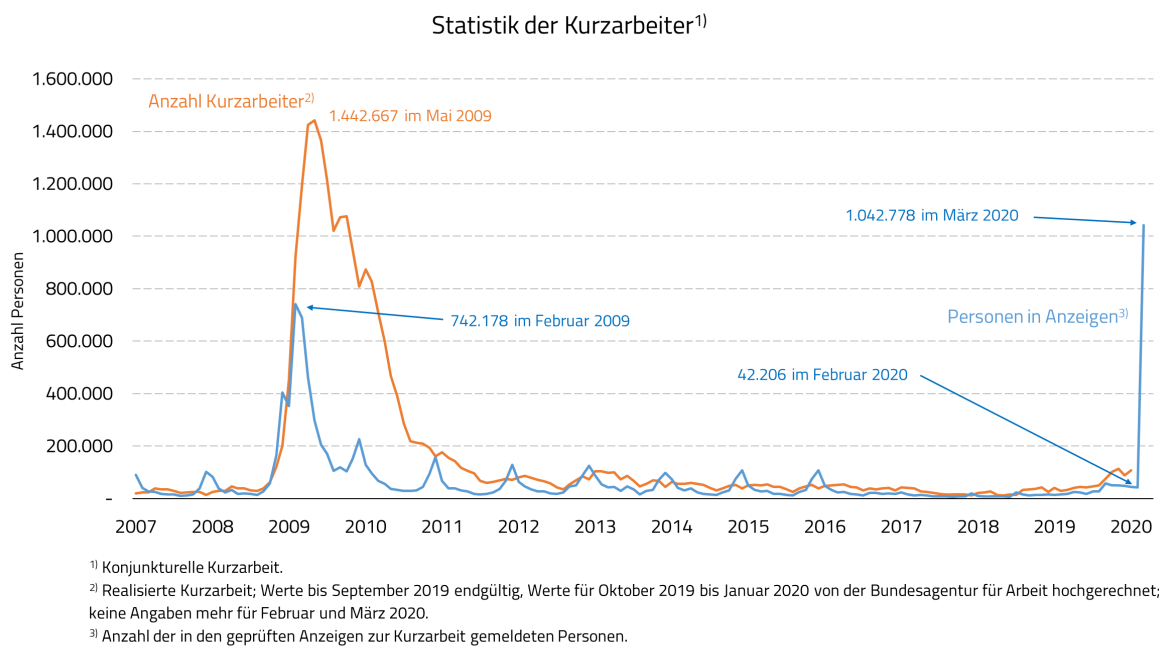
Das ist einerseits verständlich, da sich die bisherige Hochrechnungsmethode nicht einfach auf die gegenwärtige Situation anwenden lässt. Die Struktur der Kurzarbeit anmeldenden Betriebe ist nämlich heute eine völlig andere – nie zuvor standen z.B. Handel, Hotel- und Gaststättengewerbe so im Zentrum der Probleme; in Konjunkturabschwüngen ballten sich die Schwierigkeiten meist im Verarbeitenden Gewerbe und oft bei Großfirmen, so auch in der Finanzkrise 2008/2009.

Andererseits ist eine wenigstens grobe Abschätzung, welche Ausfälle an Arbeitseinkommen durch den Staat ersetzt werden müssen, für die politisch Verantwortlichen wichtig, damit sie entsprechende Mittel bereitstellen und die Öffentlichkeit auf die Dimension dieses finanziellen Kraftaktes vorbereiten können.

Es stellt sich also die einfache Frage: Wenn das Resultat bei 55 000 anmeldenden Unternehmen über eine Million Kurzarbeiter sind (vgl. in Abbildung 1 die blaue Linie), wie hoch ist dann die Zahl der

Kurzarbeiter, die zu erwarten ist, wenn die Anträge aller 470000 Unternehmen offiziell geprüft sind? Sollten die restlichen Unternehmen (die ja nur die restlichen sind, weil sie vielleicht ihren Antrag einen oder zwei Tage später als die schon geprüften gestellt haben) eine ähnliche Personalstruktur wie die bisher geprüften haben, ergäbe das eine Zahl von 8 ½ Millionen Personen, die vermutlich Kurzarbeit in Anspruch nehmen werden. Diese Zahl, mit der die rote Linie in Abbildung 1 am aktuellen Rand fortgeführt werden könnte, haben wir nicht eingezeichnet, weil sie im wahrsten Sinne des Wortes den Rahmen der Grafik sprengen würde (die hier gewählte Skala reicht bis 1,6 Millionen Personen).

Abbildung 1



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Stand: 31.3.2020.

Aber es wird auch aus dem Vergleich der Werte der "Personen in Anzeigen" am aktuellen Rand mit denen während der Finanzkrise 2008/2009 deutlich, dass es jetzt um eine ganz andere Dimension geht. Damals dauerte es immerhin sechs Monate, bis der Spitzenwert der angezeigten Kurzarbeiter (742 000 Personen) erreicht wurde und noch einmal drei Monate länger, bis die realisierte Kurzarbeit mit 1,4 Millionen Personen auf ihren höchsten Wert stieg. Jetzt hat es nur einen einzigen Monat gedauert, um die Zahl der angezeigten Kurzarbeiter um eine Million (das ist fast das 25-Fache der Zahl vom Februar) in die Höhe schnellen zu lassen.

Der Vorstandsvorsitzende der BA, Detlef Scheele, lässt sich in der besagten Presseinfo so zitieren:

"Wenngleich wir noch nicht seriös prognostizieren können, wie viele Personen von Kurzarbeit betroffen sein werden, rechnen wir damit, dass ihre Zahl deutlich höher ausfallen wird als in der Wirtschafts- und Finanzkrise. Damals hatten wir in der Spitze 1,4 Millionen Kurzarbeitende."

[Laut Frankfurter Rundschau](#) sagte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil am Dienstag (31.3.2020),

"[w]ie viele Menschen von Kurzarbeit betroffen sein werden, lasse sich derzeit noch nicht genau abschätzen... . Es sei aber damit zu rechnen, dass es mehr als während der Finanzkrise 2008 seien."

Die Bundesregierung geht offenbar weiterhin von [2,4 Millionen Kurzarbeitern](#) aus. Lediglich der CDU-Arbeitsmarktexperte Peter Weiß rechnet [laut FAZ](#) mit immerhin mehr als vier Millionen Kurzarbeitern. Aber warum macht sich niemand über eine Größenordnung von acht Millionen Kurzarbeitern Gedanken, die nach den vorliegenden Zahlen nicht unplausibel ist? Glauben die Verantwortlichen, die Bevölkerung im Unklaren lassen zu müssen, um zur Beruhigung beizutragen? Ein Schelm, wer sich da unwillkürlich an Meldungen zu Infektionszahlen aus China erinnert fühlt.

## Gratwanderung zwischen Schwarzmalerei und Schönfärberei

Klar, wer ein übertriebenes Horror-Szenario der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie entwirft, trägt – gewollt oder ungewollt – zur Panik bei und damit – je nachdem, wie viel Gehör er findet – zur Beschleunigung der Abwärtsspirale. Das, wovor gewarnt wird, tritt ein. Wie real eine solche sich selbst erfüllende Prognose ist und wie schnell sie um sich greifen kann, konnte man in den letzten Wochen schon an den leergekauften Supermarktregalen sehen, in denen sich sonst die Packungen Toilettenpapier stapeln.

Umgekehrt gilt aber auch: Wer die ökonomischen Auswirkungen dieser Pandemie in seinen öffentlichen Verlautbarungen weit unterschätzt, schafft seinerseits erhebliche Probleme. Denn er wirkt wie eine Bremse gegen vorausschauende Vorsorge, deren Ausgestaltung und Umfang sich ja an den Vorhersagen orientieren muss. Zeigt sich im Verlauf weniger Wochen anhand der Konjunkturstatistik (Auftragseingänge, Produktion, Umsätze, aktualisierte Anträge auf Kurzarbeitergeld, Arbeitslosenzahlen, Erzeugerpreise etc.), dass der wirtschaftliche Einbruch viel tiefer ist, als von Experten prognostiziert und daher von der Regierung erwartet wird, ist wertvolle Zeit vertan, um die Bürger aufzuklären. Genau dann droht eine gefährliche Reaktion vieler Menschen, nämlich die Anpassung "nach unten" durch zusätzliche Sparanstrengungen einerseits und neue Hamsterkäufe bei lebensnotwendigen Dingen andererseits. Die in Gang kommende Abwärtsspirale und Verknappung aufzuhalten wird dann viel schwieriger als heute. Ist das Vertrauen in den Staat und seine Repräsentanten, die Krise tatsächlich abfedern zu können, einmal verlorengegangen, ist das fast nicht mehr gutzumachen.

Aus dem Dilemma zwischen Schwarzmalerei und Schönfärberei gibt es nur den Ausweg der ehrlichen und sachlichen Information. Man muss mit empirischen Belegen arbeiten und man muss erläutern, auf der Basis welcher wissenschaftlich fundierten Theorie man Schätzungen abgibt. Mit den empirischen Belegen ist allerdings ein Zeitproblem verbunden: Die Ergebnisse kommen nur mit erheblicher Verzögerung. Bis dahin ist man sozusagen im Blindflug unterwegs. Genau deswegen muss man die ersten vorliegenden Daten wie die zur Kurzarbeit ehrlich analysieren und prüfen, ob die ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise angemessen sind oder ob man nachbessern muss. Bei der Bekämpfung der Pandemie geht es doch auch immer darum, im Lichte der neuesten Erkenntnisse

die erlassenen Restriktionen „nachzuschärfen“, wie es häufig genannt wird.

## Noch einmal: Woher kommt das Geld?

Da angesichts des Ausmaßes der Krise abzusehen ist, dass die bis jetzt bereitgestellten Gelder nicht ausreichen werden und genau das in der Öffentlichkeit für Unruhe sorgen wird, sobald belastbare und unbestreitbare Daten vorliegen, ist es genau jetzt der richtige Zeitpunkt zum Nachschärfen der ökonomischen Instrumente. Und damit ist es höchste Zeit, die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, woher das Geld kommt, mit dem die Wirtschaft gerettet werden soll. Wenn die Spitzen der Politik in Deutschland und Europa nicht bald klar sagen, dass dieses Geld weder aus der Schatztruhe des Staates noch aus den Geldbeuteln der Bürger kommt, sondern einzig und allein von der Europäischen Zentralbank, dann ist ein bitteres Ende zu erwarten.

Schon werden Horrorszenarien entworfen, was nach der medizinischen Krise kommt. Das reicht von Hyperinflation bis zum allmächtigen Staat, der auf Dauer die Freiheit der Bürger beschränkt und ihnen horrenden Steuern abpresst. Es mehren sich Stimmen, etwa von der SPD und der Linken, die Vermögensabgaben der Reichen verlangen. Das führt in dieser Situation alles in die falsche Richtung und vergrößert die Angst vor den Tagen nach dem Shutdown. Notwendig ist dagegen die klare Aussage, dass es sich hier um einen Katastrophenfall handelt, dessen ökonomische Auswirkungen mit einer einmaligen Maßnahme in Schach gehalten werden, nämlich mit der einmaligen Ausweitung der staatlichen Verschuldung, die jedoch zum allergrößten Teil vom Staat selbst (in Form der EZB) gehalten wird und genau deswegen keinerlei negative Folgen für die Wirtschaft haben wird.

Der Faktor Zeit spielt für das erfolgreiche Krisenmanagement eine zentrale Rolle. Medizinisch gesehen muss das Virus durch Ausbreitungsverzögerung "überholt" werden; ökonomisch gesehen muss die einzelwirtschaftliche Sparreaktion durch öffentliche Verschuldung "überholt" werden.

## Über die Autoren



**Heiner Flassbeck** ist Honorarprofessor an der Universität Hamburg, war Chef-Volkswirt der UNCTAD und Staatssekretär im BMF. Seine Hauptarbeitsgebiete sind die Globalisierung, die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung und Geld- und Währungstheorie.



**Friederike Spiecker** ist Diplom-Volkswirtin und lernte das Handwerkszeug zur theoretischen und empirischen Makroökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Heute arbeitet sie als freie Wirtschaftspublizistin und ist in der wirtschaftspolitischen Beratung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden tätig.

---

Veröffentlicht am: 02.04.2020 | Editiert am: 03.04.2020

Erschienen unter: <https://makroskop.eu/2020/04/rechnen-in-der-krise/>